

Original sozial.

DIE LINKE Stendal wählen!

Wahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE im Landkreis Stendal

1. Für ein solidarisches Miteinander und soziale Gerechtigkeit in unserem Landkreis

DIE LINKE steht für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die allen Bürgerinnen und Bürgern eine selbstbestimmte und chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. In Zeiten, in denen sich die soziale Spaltung der Gesellschaft durch die herrschende Politik in Land, Bund und Europa immer mehr vertieft hat und zu wachsender Kinder- und Altersarmut führt, ist linke Politik darauf gerichtet, dem entschieden entgegen zu wirken. Deshalb muss jede Entscheidung auf kommunaler Ebene der Prüfung nach der sozialen Auswirkung Stand halten. Es ist stets zu fragen, ob und inwiefern Chancengleichheit für sozial Schwache weiter verbessert und gesichert werden kann. Das Gesicht einer lebens- und liebenswerten Stadt, Gemeinde oder Landeskreises erkennt man am Umgang mit sozial Schwachen.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Einführung eines kreisweiten Sozialpasses, der Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben im Landkreis ermöglicht
- kostenfreies, gesundes Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachem Elternhaus in Kindereinrichtungen und Schulen im Landkreis
- die Einführung eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen zur ermäßigten Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs
- den Ausbau eines bedarfsgerechten Netzes an generationsübergreifenden Angeboten im Betreuungs-, Freizeit- und Weiterbildungsbereich
- einen ARGE-Beirat, der die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft transparent macht, kritisch begleitet und Betroffene einbezieht.
- die regelmäßige Anpassung der Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Betroffene an die tatsächliche Entwicklung der Heiz- und Betriebskosten
- die Berücksichtigung des örtlichen Mietpreisniveaus und des tatsächlichen Mietwohnangebotes in der Region als Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit des Wohnraums für Hartz IV-Betroffene
- die Beibehaltung der derzeitigen hauptamtlichen Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten im Landkreis
- ein bedarfsgerechtes Netz an Verbraucher-, Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen

2. Wirtschaftskraft des Landkreises nachhaltig stärken

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen, dass Privatisierung, Deregulierung und der Rückzug des Staates zu unbeherrschbaren Risiken führen. DIE LINKE fordert deshalb jetzt konsequent umzusteuern, damit die Politik wieder das Primat bekommt und der Staat steuernd wirken kann. Die Zeit ist reif für einen tiefgreifenden sozialökologischen Umbau, insbesondere in der Energie-, Land- und Gesundheitswirtschaft. Für die Altmark bietet dieser Umbau, neue Entwicklungsperspektiven, v.a. für die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Ausbau der Altmark zum Standort für nachhaltige Energiepolitik, der den Schwerpunkt auf erneuerbare Energien sowie Kraft-Wärme-Kopplung legt und die Ablehnung des Baus eines Steinkohlekraftwerkes am Industriestandort Arneburg
- den Aufbau effektiver, effizienter Strukturen im Bereich der kommunalen Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Fachhochschule Magdeburg-Stendal als Innovationszentrum und des BIC
- eine Schwerpunktorientierung und Spezialisierung der Region auf Schlüsselbereiche wie Energie-, Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Zulieferindustrie für den Fahrzeugbau
- die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft ohne Benachteiligung einzelner Unternehmensformen
- Unterstützung des Engagements für ein agrogentechnikfreien Landkreis
- einen schonenden Umgang mit Flächen- und Ressourcen bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten
- den Erhalt der Sparkasse in öffentlicher Hand, ein Mehr an Transparenz und die Verhinderung spekulativer Geschäfte, Versorgungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger und klein- und mittelständische Unternehmen der Region
- eine Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die regionalen, sozialen und ökologischen Kriterien entspricht
- eine soziale und ökologische Ausrichtung sowie öffentliche Kontrolle der Unternehmen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen und an denen die Kommune Beteiligungen hat
- eine Ausschöpfung aller Arbeitsförderinstrumente und den Möglichkeiten über die kreiseigenen Beschäftigungsgesellschaft, um Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu eröffnen
- eine hohe Ausbildungsquote in Verwaltung, öffentlichen und privaten Unternehmen
- die Unterstützung Havelbergs als Ausrichterkommune der Bundesgartenschau 2015 bei touristisch und wirtschaftlich nachhaltigen Vorhaben und Projekten
- eine Koordinierung und Beratung durch den Landkreis, um eine flächendeckende Breitbandversorgung im Landkreis zu realisieren

3. Grundversorgung sichern – Öffentliche Dienstleistungen verbessern

Geburtenrückgang und Abwanderung stellen für den ländlich geprägten Landkreis Stendal eine besondere Herausforderung dar. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen kämpft DIE LINKE konsequent für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Kreises, für den Erhalt unserer Städte und Dörfer als lebenswerte Orte. Im Mittelpunkt steht für uns dabei die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen, deren Art und Weise der Erbringung sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen zu orientieren hat.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Ausweisung der Stadt Stendal als Oberzentrum und eine ausgewogene Verteilung von Mittelzentren und grundzentralen Versorgungsräumen im Landkreis
- die Entwicklung kommunaler und regionaler Leitbilder durch Beteiligung aller Akteure in Städten und Gemeinden sowie im Landkreis
- den Erhalt des vorhandenen Netzes in der Gesundheitsgrundversorgung; eine bedarfsgerechte Anzahl an Gesundheitseinrichtungen und die wohnortnahe Hausarztversorgung sowie die Einführung der mobilen Praxishelferin im Landkreis Stendal

- einen öffentlichen Nahverkehr, der sich in Takt und Ausstattung nicht lediglich am Schülerverkehr orientiert, sondern insbesondere für den ländlichen Raum den Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen sichert. Dazu zählen auch alternative Verkehrsmittel - Sammeltaxen und Rufbusse -, die soziale Staffelung von Tarifen und ein barrierefreier Nahverkehr
- die Beachtung der Belange älterer Menschen und Menschen mit Handicaps beim Stadtumbau sowie bei der Gestaltung von Verkehrswegen und öffentlichen Einrichtungen
- Bürgerentscheide über geplante Rechtsformänderungen von Einrichtungen und Unternehmen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen

4. Gleiche Bildungschancen für alle

DIE LINKE kämpft für ein gerechtes Bildungssystem, welches allen Kindern und Jugendlichen, Auszubildenden sowie Studierenden gleiche Chancen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern eröffnet. Bildung ist der Schlüssel für die persönliche Entwicklung, ermöglicht die Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern und hilft so, Armutsrisiken zu minimieren. DIE LINKE wirbt für eine Gemeinschaftsschule, die den Kindern die besten Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des Konzeptes einer Schule für alle kommt den Kommunen zu.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt aller Schulen im Landkreis von der Grund- bis zur Berufsschule durch die flexible Gestaltung der Schuleinzugsbereiche
- die Beteiligung aller Akteure des Landkreises - Schüler/innen, Eltern, Lehrer/innen, Unternehmen, Beschäftigte der Verwaltung und Politiker/innen - an der Entscheidungsfindung zur Entwicklung eines wohnortnahen Schulnetzes
- vorrangige Sanierung von Bildungseinrichtungen
- ein stärkeres Engagement des Landkreises zum Ausbau der Schulsozialarbeit
- die Stärkung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe
- eine abgestimmte Schülerbeförderung mit möglichst kurzen Wegen und möglichst kurzen Fahrzeiten
- die Öffnung der Schulen für vielfältige kulturelle und sportliche Angebote sowie als Begegnungsstätte für örtliche Vereine und Initiativen
- die Weiterentwicklung des Ausbildungsnetzwerkes im Landkreis unter Einbeziehung vieler Akteure, damit vielen Schulabgängern ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann
- die weitere Etablierung des Standortes Stendal der Fachhochschule Magdeburg-Stendal als Kompetenzzentrum für Erziehungswissenschaften

5. Kindern und Jugendlichen eine Zukunft geben

Kinder und Jugendliche sind die Gestalter von morgen. Sie sichern die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen und von Städten und Gemeinden. Deshalb ist es besonders im Heute wichtig, ein gesellschaftliches Klima sowie die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Jüngsten optimale Entfaltungsmöglichkeiten bereitet. Ein kinder- und familienfreundliches Umfeld kann Heranwachsenden eine Perspektive in der Region bieten.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine bedarfs- und altersgerechte, integrierte und wohnortnahe Infrastruktur an Kinder- und Jugendeinrichtungen
- den Ausbau bzw. Verstetigung der mobilen Jugendarbeit insbesondere für den ländlichen Raum sowie eine zielgruppenorientierte Streetworker-Struktur
- eine personelle Kontinuität und die erforderlichen Qualifizierung in Kinder- und Jugendeinrichtungen, die sich der Möglichkeiten der Arbeitsförderung und des so genannten Kommunal-Kombi bedient
- den Erhalt der Trägervielfalt im Bereich der Jugendhilfe und die Wahrnehmung einer Schnittstellenfunktion durch den Landkreis??
- die Entwicklung und Förderung unterschiedlicher Beteiligungsformen und -verfahren für Kinder und Jugendliche damit ihre Interessen bei kommunalen Entscheidungen berücksichtigt werden
- einen höheren Stellenwert von jugendtypischen Kunst- und Kulturformen und den Erhalt der Kinder- und Jugendsparte am Theater der Altmark

6. Kultur und Sport fördern

Die Vielfalt der Angebote in Kunst, Kultur und Sport sind Indikatoren für Lebensqualität in einer Region. Sie prägen die Städte und Gemeinden und befördern das soziale Miteinander der Einwohnerinnen und Einwohner in den Orten.

DIE LINKE tritt ein für:

- der Erhalt des Theaters der Altmark als Landestheater im Norden Sachsen-Anhalt und somit als kulturelles Zentrum in und für die Region
- die weitere Vernetzung und touristische Vermarktung der Angebote der Museen, Musik- und Volkshochschulen im Kreis
- ein Tourismuskonzept „Kulturlandschaft Altmark“, das die Besonderheiten im Landkreis wie etwa Hansegeschichte, romanische und Backsteinbaukunst oder der Landwirtschaft als prägender Wirtschaftszweig noch stärker berücksichtigt
- den Erhalt der bestehenden Bibliotheken und des mobilen Bücherangebotes im Landkreis
- die Unterstützung der Osterburger Literaturtage als traditionelle Kulturwoche
- die Fortschreibung der Sportförderung insbesondere für den Kinder- und Jugendbereich auf dem heutigen Niveau
- die Sanierung und den barrierefreien Ausbau vorhandener Sportanlagen

7. Stadt und Landkreis als Bürgerkommune gestalten

Der Rückgang der Wahlbeteiligung, insbesondere an Kommunalwahlen zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger unzufrieden sind mit der Art und Weise wie Politik gemacht wird, wie Entscheidungen getroffen und dass Bürgerinnen und Bürger vollkommen unzureichend in Entscheidungen einbezogen werden. DIE LINKE will dem entgegenwirken, Bürgerinnen und Bürger in alle kommunale Entscheidungen einbeziehen bzw. auch selbst entscheiden lassen. Nur durch Transparenz aller Entscheidungsprozesse und konsequente Bürgerbeteiligung lässt sich Misstrauen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwal-

tung und der Kommunalpolitik abbauen. Unser Leitbild einer Bürgerkommune orientiert auf die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger.

DIE LINKE tritt ein für:

- Aufnahme größtmöglicher Beteiligungs- und Entscheidungsrechte für Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenvertretungen in die Hauptsatzungen des Kreistages und der kreisangehörigen Gemeinden
- ein Ortschaftsrecht auf kommunaler Ebene, welches den Räten die Mitsprache für ihre Ortsteile innerhalb der Einheitsgemeinde sichert
- ein Antrags- und Rederecht für Ortschaftsräte und Interessenvertretungen bei sie betreffenden Fragestellungen
- die regelmäßige Durchführung von Einwohnerversammlungen und Anhörungen
- die Durchführung von Bürgerentscheiden in allen Fragen, die wesentlich sind für die Gemeinde oder den Landkreis
- ein bürgerfreundliches und barrierefreies Internet als Dienstleistungs- und Informationsportal für Bürgerinnen und Bürger
- eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung und Verwaltungsstrukturen,
- mobile Bürgerämter im ländlichen Raum
- eine für alle Bürgerinnen und Bürger einfache und verständliche Verwaltungssprache; daraufhin sind alle Satzungen, Formulare und Bescheide zu überprüfen

8. Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken

Kommunen brauchen dauerhafte und verlässliche Einnahmen. DIE LINKE fordert eine angemessene und an den Aufgaben orientierte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Mittel- und langfristig kämpft DIE LINKE für eine grundlegende Reform Gemeindefinanzen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Kurzfristig setzen wir uns dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht durch Kürzung von Landes- und Bundeszuweisungen weiter ausgehöhlt wird.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Aufstellung, Umsetzung und Kontrolle der Umsetzung der Gemeindehaushalte und des Kreishaushaltes; Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Prioritäten in der Haushaltspolitik zu formulieren („Bürgerhaushalt“)
- mehr Transparenz beim Umgang mit Steuergeldern in der Kommune
- eine Kreisumlage, die den Gemeinden Gestaltungsspielraum lässt
- eine ständige Überprüfung der Art und Weise und der Zielstellung der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben; Kriterium hierfür sind die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger
- eine Haushaltskonsolidierung, die den sorgsamen Umgang mit öffentlichen Steuergeldern als Ziel hat, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgt und die nicht zu Kahlschlägen im Netz der Daseinsvorsorge führt

9. Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft - für einen weltoffenen und fremdenfreundlichen Landkreis

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung aller zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für eine weltoffene, menschenwürdige und demokratische Gesellschaft engagieren, ein und

unterstützt maßgeblich alle Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Mit Sorge beobachten wir die zunehmenden Versuche von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen im Landkreis Fuß zu fassen. Dieser Entwicklung gilt es entschlossen und konsequent entgegen zu treten. Nationalistische Parolen, völkische Programmatik und intolerante, antidemokratische Denkmuster sind absolut nicht geeignet, um die kommunalen Herausforderungen zu bewältigen und das solidarische Zusammenleben zu befördern.

DIE LINKE tritt ein für:

- offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien, Gruppierungen und Tendenzen
- Unterstützung und Vernetzung aller auf Integration ausgerichteten Vereine und Initiativen sowie lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt
- ein stärkeres Engagement des Landkreises als Koordinator der vorgenannte Prozesse. Diese Aufgabe sollte bei dem hauptamtlichen Ausländerbeauftragten der Kreisverwaltung angesiedelt werden
- die Förderung von Bildungs- und Kulturveranstaltungen zur Wissensvermittlung anderer Kulturen, Länder und Lebensweisen
- Programme zur Vermittlung von gewaltfreier Konfliktbewältigung an Schulen und in Jugendeinrichtungen